

schen Regierung für ein Gipfeltreffen unter Beteiligung von Thailand, China, Myanmar und Laos zur Drogenproblematik. Zhu bot sich als Gastgeber für das erste derartige Treffen an, wofür ein Zeitpunkt allerdings noch gefunden werden muss. Ab Juni wird die chinesische Botschaft erstmalig durch eine Anti-Drogen-Verbindungsgruppe verstärkt.

Ansonsten standen wirtschaftspolitische Themen im Mittelpunkt des Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten vom 19. bis 22. Mai. So sicherte Zhu Rongji die Kooperationsbereitschaft Chinas bei der Entwicklung einer Hochgeschwindigkeits-Bahnverbindung zwischen Thailand und China zu und erklärte, die chinesische Regierung werde zu diesem Zwecke Finanzmittel im Umfang von 4 Mrd. US\$ bereitstellen. Eine Delegation der chinesischen Eisenbahnbehörde führte ebenfalls Mitte Mai bereits erste Gespräche in Thailand. Auch die Planungen und Vorbereitungen für den Bau einer Straßenverbindung zwischen Kunming und Bangkok, womit eine engere Anbindung Chinas an die ASEAN-Staaten realisiert werden soll, seien bereits im Gange.

Über die Planungsphase weit hinaus ist das Projekt der Verbesserung der Schiffbarkeit des Mekong. Hier steht nach Zhu Rongjis Worten die feierliche Eröffnung der Schiffsverbindung zwischen Thailand, Laos, Myanmar und China unmittelbar bevor. Einem in diesem Zusammenhang von dem neuen thailändischen Ministerpräsident Thaksin Shinawatra angelegten gemeinsamen Abkommen über Steuer- und Zollpräferenzen zwischen Nordthailand und der südwestchinesischen Provinz Yunnan stimmte Zhu „im Prinzip“ zu. Noch im März hatte die chinesische Regierung einen solchen Vorstoß Thailands allerdings abgelehnt. (Vgl. C.a., 2001/03, Ü 7) Beide Regionen sind Teil des „Greater Mekong Sub-regional Cooperation Scheme“.

Im Handel zwischen den beiden Staaten kommt China zunehmend die Rolle des Einkäufers von Rohmaterialien und Landwirtschaftsprodukten zu, während Thailand in den Augen des chinesischen Ministerpräsidenten einen aussichtsreichen Markt für elektromechanische Ausrüstungen,

Landwirtschaftsmaschinen und -gerät aus chinesischer Produktion darstellt. Aus Thailand bezieht China in erster Linie Reis, Kautschuk und dergleichen. (NZZ, 11.5.01; XNA, 19.5., 21.5.01; Radio Thailand, 20.5.01, nach BBC PF, 22.5.01; *The Nation* online, 20.5.01, nach BBC PF, 21.5.01) -kg-

(Abteilungen von Provinzregierungen sowie von Ministerien und Kommissionen) sind entsprechende vorgezogene Neubesetzungen mit jüngeren Führungskadern bereits seit dem vergangenen Jahr vorgenommen worden (vgl. diese sowie die zurückliegenden Ausgaben der *Monthly Data*). In diesem Jahr sollen sich die Anstrengungen auf die Rangstufe der Provinzgouverneure und Minister konzentrieren. Die Ablösung des bisherigen Leiters der Kommission für Wirtschaft und Handel Sheng Huaren und der Ministerin für Wissenschaft und Technologie Zhu Lilan zu Anfang dieses Jahres waren bereits Teil der Neubesetzungswelle (vgl. C.a., 2001/3, Ü 12).

Mitte Mai wurde eine erste politische Trainingsklasse mit über vierzig neu berufenen Führungskadern auf Vizeprovinzgouverneurs- bzw. Vizeministerebene eröffnet, von denen der Jüngste erst 41 Jahre alt ist. Insgesamt soll die Organisationsabteilung des ZK der Partei 150 Personen ausgewählt haben, die in den nächsten Monaten jeweils an mehrwöchigen politischen Schulungen teilnehmen sollen, um sich für ihre Aufgaben als Mitglieder der vierten Führungsgeneration vorzubereiten. (*Ming Pao*, 26., 28.5.01, nach FBIS, 26., 28.5.01) -hol-

Innenpolitik

10 Umfängliche Neubesetzungen von Führungsämtern der Regierung und Partei

Im Vorgriff auf den XVI. Parteitag der KPCh im Herbst 2002 werden derzeit zahlreiche Führungsämter in der Provinz- und Ministerialverwaltung umbesetzt. Ziel ist eine signifikante Verjüngung der Mitglieder der nachfolgenden Führungsgeneration.

Gemäß einer Entscheidung der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh sollen bis zum Ende dieses Jahres Provinzgouverneure und Minister, die ein Alter zwischen 62 und 65 Jahren erreicht haben, in den Ruhestand treten, um die Ämter für jüngere Kandidaten freizumachen. Ein Austreten von Funktionären vor Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren wird als notwendig erachtet, um einen reibungslosen Übergang von der derzeit dritten auf die vierte Führungsgeneration zu erreichen. Obwohl der Turnus der gegenwärtigen Regierungsmannschaft, die zu einem großen Teil im Frühjahr 1998 eingesetzt worden war, regulär erst im Frühjahr 2003 auslief, sollen fällige Neubesetzungen nun vorgezogen werden. Dies soll den nachfolgenden jüngeren Amtsinhabern ermöglichen, gemäß der üblichen parallelen Karriereleiter in Partei und Regierung im Oktober 2002 in das dann neu zu konstituierende Zentralkomitee der Partei gewählt zu werden. Ausnahmeregelungen gelten für das Außenministerium, das Ministerium für öffentliche Sicherheit und das Ministerium für Staatssicherheit.

Auf den untergeordneten Rangstufen der Vizeprovinzgouverneure und Vizeminister sowie der Abteilungsleiter

11 Pläne für Kaderschulung in den Jahren 2001-2005

Im Rahmen der Ausarbeitung des Zehnten Fünfjahresplans hat das Zentralkomitee der KPCh Mitte Mai ein Rundschreiben vorgelegt, in dem die „Pläne zur landesweiten Ausbildung und Schulung von Kadern für die Jahre 2001-2005“ vorgestellt wurden.

In entsprechenden öffentlichen Stellungnahmen legten hochrangige Parteiführer, darunter der Generalsekretär der Partei und Staatspräsident Jiang Zemin, sein designierter Nachfolger Hu Jintao sowie der Leiter der Organisationsabteilung des ZK der Partei, Zeng Qinghong, die große Bedeutung der Pläne dar. Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung, der weltwirtschaftlichen Integration und der immer komplexeren weltpolitischen Lage, aber auch angesichts des bevorstehenden Generationenwechsels in der politischen Führung Chinas, sei die Heranbildung po-

lisch geschulter und fachlich qualifizierter Führungs- und Verwaltungskader entscheidend für die Zukunft der Herrschaft der KPCh.

Als Adressaten der geplanten Schulungsmaßnahmen werden konkret die folgenden Gruppen benannt:

- führende Partei- und Regierungskader,
- „junge“ Kader,
- Staatsbedienstete und Funktionäre in Partei- und Massenorganisationen,
- Manager von Staatsbetrieben,
- technische Fachkräfte,
- Richter, Staatsanwälte, Polizeibeamte und anderes Personal im Justizbereich,
- Basiskader (Funktionäre von Kreisebene abwärts),
- Kader aus ethnischen Minderheiten, Nicht-KPCh-Parteimitglieder sowie weibliche Kader,
- Kader aus westlichen Landesteilen (im Zusammenhang der Entwicklungsstrategie für Westchina).

Für die beiden erstgenannten Gruppen sowie für Manager von Staatsbetrieben ist explizit auch die Möglichkeit von Schulungs- und Erkundungsaufenthalten im Ausland vorgesehen.

Im Vordergrund der genannten Bildungs- und Schulungsmaßnahmen stehen politische und ideologische Inhalte. Besonderes Gewicht nimmt die „theoretische“ Schulung ein, also die Vermittlung von Kerninhalten des Marxismus-Leninismus, der Mao-Zedong-Ideen, sowie des theoretischen Gedankenguts Deng Xiaopings und Jiang Zemin – das des Letzteren in Gestalt des theoretischen Konzepts der „Drei Repräsentationen“ (die KPCh repräsentiert die fortschrittlichen Produktionskräfte, die fortschrittliche chinesische Kultur sowie die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung; vgl. C.a., 2000/4, Ü 14). Ferner sollen „Parteigeist“ und „ideologische Moral“ einen hohen Stellenwert in den Schulungsmaßnahmen einnehmen. Nachgeordnet genannt

werden Fachkenntnisse und andere spezielle berufliche Qualifikationen sowie allgemeine Bildungsinhalte in den Bereichen Wirtschaft, Recht, Management, Technologie, Computernetzwerke, Innen- und Außenpolitik, Geschichte etc.

Die Betonung politisch-ideologischer Inhalte ist gegenüber früheren Maßnahmen der Kadenschulung keineswegs neu. Angesichts der beschriebenen Herausforderungen, denen sich China in den kommenden Jahren – im Besonderen nach dem WTO-Beitritt des Landes – gestellt sehen wird, erscheint die relative Unterbelichtung fachlicher Qualifikationen allerdings bedenklich. Offenbar wird der nach wie vor herausragende Stellenwert ideologischer Standfestigkeit von verbreiteten Befürchtungen diktiert, Korruption, persönliches Machtstreben und Fraktionalismus unter Parteikadern könnten den Fortbestand der Partei zunehmend gefährden. (RMRB, 11.5.01; XNA, 12., 14., 16., 25.5.01) -hol-

12 Fünfzigster Jahrestag der „friedlichen Befreiung“ Tibets

Am 23. Mai wurde offiziell der 50. Jahrestag der „friedlichen Befreiung“ Tibets begangen. Als symbolträchtigste Zeremonie wurde in Lhasa, der Hauptstadt der Autonomen Region Tibet, in Anwesenheit von rund 5.000 Zuschauern die chinesische Staatsflagge gehisst. Ferner wurden in Lhasa und anderen Städten Tibets Diskussionsforen und Ausstellungen zur Geschichte Tibets in den vergangenen fünfzig Jahren organisiert sowie zahlreiche offizielle Empfänge und Festivitäten veranstaltet. Aus Furcht vor Protesten und Unruhen wurden genauer Ablauf und Örtlichkeiten der Aktivitäten erst kurze Zeit zuvor bekannt gegeben.

Das Datum des 23. Mai wurde von offizieller chinesischer Seite in Bezugnahme auf die Unterzeichnung des „Abkommens der zentralen Volksregierung [der VR China] und der Lokalregierung von Tibet über Maßnahmen zur friedlichen Befreiung Tibets“, bekannt auch als „17-Punkte-Abkommen“, am 23. Mai 1951 gewählt. Vorausgegangen war dem Abkommen die Eroberung der osttibeti-

schen Region Chamdo durch die chinesische Volksbefreiungsarmee (VBA). Das „17-Punkte-Abkommen“, das daraufhin unter dem Eindruck der militärischen Übermacht Chinas von einer tibetischen Abordnung in Beijing unterzeichnet wurde, legitimiert nach chinesischer Ansicht die Einbindung Tibets in die neu gegründete Volksrepublik China, die Präsenz der VBA (die im Oktober 1951 in Tibet einmarschierte) sowie die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen in Tibet, die in den vergangenen fünfzig Jahren unter chinesischer Führung veranlasst worden sind. Inhaltlich ist das Abkommen dem für die Sonderverwaltungsregion Hongkong zugrunde liegenden Modell des „ein Land, zwei Systeme“ vergleichbar. So wurde Tibet in internen Belangen formal eine relativ weit gehende regionale Autonomie zugesichert – darunter auch die Religionsfreiheit sowie die Wahrung des klerikal dominierten politischen Systems und der kulturellen Traditionen – während in externen, also außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Belangen die chinesische Führung die Kontrolle beanspruchte.

Nach Ansicht des Dalai Lama und ihm nahe stehender Chinakritiker ist das „17-Punkte-Abkommen“ aus mehreren Gründen ungültig. Zum Ersten sei die Unterzeichnung unter Zwang und militärischer Bedrohung erfolgt, ferner habe der damalige tibetische Unterhändler Ngabo, damaliger Befehlshaber von Chamdo, mit der Unterzeichnung des Vertrags eigenmächtig gehandelt. Schließlich habe die chinesische Seite in Reaktion auf den tibetischen Aufstand in Lhasa im März 1959, in dessen Folge der Dalai Lama aus Tibet floh, das Abkommen von sich aus aufgekündigt. Die Errichtung der „Autonomen Region Tibet“ im September 1965, die die regionale Autonomie Tibets faktisch beendet habe, bestätige dies in rechtlicher Hinsicht. Für den Souveränitätsanspruch der VR China über Tibet gebe es damit keine legale Grundlage.

Konfrontiert mit diesem historischen Grundsatzkonflikt war die offizielle chinesische Seite bemüht, ihre positive Rolle in Tibet anlässlich des Jahrestags durch eine groß angelegte Public-Relations-Kampagne aufzuwerten. Diese hatte mehrere Stoßrichtungen: Zum Ersten sollte die tibetische Bevöl-

kerung von der Bedeutung politischer und gesellschaftlicher Stabilität für die weitere Entwicklung Tibets überzeugt werden. Dazu dienten unter anderem verschiedene Maßnahmen, die darauf ausgerichtet waren, den Dalai Lama als religiöses Oberhaupt Tibets moralisch zu disqualifizieren und seinen politischen Vertretungsanspruch abzustreiten. Zum Zweiten richtete sich die Kampagne an die chinesische Bevölkerung, für deren Wahrnehmung Tibet als erfolgreiches Beispiel sozialistischer Reform und Modernisierungspolitik – bei Wahrung eines exotischen Lokalkolorits – gezeichnet wurde. Damit verbunden war eine Werbekampagne, die im Rahmen der 1999 von China formulierten Entwicklungsstrategie für Westchina unter chinesischen Unternehmen potenzielle Investoren für Tibet zu gewinnen sucht. Zum Dritten richtete sich die Propagandaoffensive schließlich auch an die Adresse der internationalen Öffentlichkeit. Diese soll nicht nur von den wirtschaftlichen Erregenschaften und Potenzialen Tibets überzeugt werden. Durch verstärkte touristische und akademische Kontakte in Tibet und mit Tibetern soll vielmehr auch die verbreitete internationale Kritik an der Tibetpolitik Chinas aufgefangen bzw. entkräftet werden.

Kehrseite dieser Public-Relations-Kampagne war eine Propagandaoffensive gegen die Person des Dalai Lama, die im Verlauf des Mai erheblich an Schärfe zunahm. So berichteten offizielle chinesische Medien Mitte Mai, dass man einen „Spion“ des Dalai Lama verhaftet habe, der von diesem gemeinsam mit einem bereits früher verhafteten Komplizen angestiftet worden sei, durch die Vorführung einer Selbstverbrennung in Lhasa die internationale Aufmerksamkeit auf Tibet zu richten. Die Anschuldigung, die den Dalai Lama in die geistige Verwandtschaft hemmungsloser, keine Opfer scheuender Sektenführer stellt, lässt sich vorläufig nicht überprüfen. Im engen zeitlichen Umkreis der der Falungong-Bewegung zugeschriebenen versuchten Selbstverbrennungen von fünf Personen im Januar dieses Jahres, die der Falungong-Bewegung zugeschrieben werden (vgl. C.a., 2001/13), erscheint sie allerdings sehr fragwürdig, da klar propagandamotiviert.

Ein Kommentar der Nachrichtenagentur Xinhua titulierte den Dalai Lama als „Hauptvertreter feudalistischer Sklavenhalter, Hauptanführer landesspalterischer Kräfte außerhalb der Landesgrenzen, treues Werkzeug der westlichen Anti-China-Kräfte und Hauptkrimineller, der die Interessen des Staates und der Nation verrät“. Diese harsche Rhetorik hat gegenüber früheren Vorwürfen des Separatismus deutlich an Schärfe gewonnen. Sie deutet darauf hin, dass die parteistaatliche Führung Chinas sich endgültig zu einer „antagonistischen“ Haltung gegenüber der tibetischen Exilführung entschlossen hat. Versuche, zwischen dem Dalai Lama und der chinesischen Führung einen Dialog zu initiieren, wie sie von internationaler Seite unterstützt werden – zuletzt von US-Präsident Bush, der den Dalai Lama just am 23. Mai zu einem „privaten“ Besuch empfangen hat (vgl. Übersicht oben) –, dürften damit zum Scheitern verurteilt sein. („A turning point in Tibet's history: the 17-Point Agreement“, www.tibetinfo.net; RMRB, 24.5.01; XNA, 19., 21., 23., 24.5.01; Xinhua, 13.5.01, nach FBIS, 13.5.01; Xinhua HK, 18.5.01, nach FBIS, 18.5.01; SCMP, 24.5.01) -hol-

13 Falungong-Konflikt: Gewinnt die staatliche Führung die Oberhand?

Während der vergangenen Wochen mehrten sich die Anzeichen, dass die staatliche Führung im nunmehr seit zwei Jahren andauernden Konflikt mit der Falungong-Bewegung die Oberhand gewinnt. Seit der versuchten Selbstverbrennung von fünf als Falungong-Anhängern identifizierten Personen am 23. Januar (vgl. C.a., 2001/1, Ü 13) scheint die staatliche Verfolgung der Bewegung landesweit ein weiteres Mal erheblich intensiviert worden zu sein. Das Ereignis des 23. Januar wird dabei als maßgebliches Instrument zur Druckausübung nach innen ebenso wie zur Verteidigung des rigiden staatlichen Vorgehens nach außen eingesetzt.

Der effektivere Durchgriff des staatlichen Sicherheitsapparats gegen die Falungong-Bewegung wurde anlässlich des zweiten Jahrestags der „Demonstration der 10.000“ am 25. April augen-

fällig. Vor zwei Jahren hatte die Bewegung die internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen, als über 10.000 Anhänger im Zentrum Beijings für die offizielle Anerkennung ihrer Lehre demonstrierten. Zum ersten Jahrestag im vergangenen April – wie auch anlässlich zahlreicher Feiertage, zuletzt des Nationalfeiertags am 1. Oktober 2000 – war es trotz strenger Sicherheitsvorkehrungen in Beijing jeweils über hundert, zum Teil auch mehreren hundert Falungong-Anhängern gelungen, unerkannt auf den Tiananmen-Platz durchzudringen und dort gegen das im Juli 1999 ausgesprochene Verbot der Gruppe zu protestieren. In diesem Jahr nun war die Zahl der Protestierenden auf zwei bis drei Dutzende geschrumpft, die sich über den Tag verteilt sporadisch in kleinen Gruppen aus der Touristenmenge lösten und mit Bannern auf sich aufmerksam machten, bevor sie von Polizisten in Gewahrsam genommen wurden. Die Angaben über die auf dem Platz festgenommenen Personen schwanken zwischen 22 und 33 Personen. Festgenommen wurde außerdem ein ausländischer Kameramann, der die Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften gefilmt hatte.

Hintergrund der effektiveren staatlichen Kontrolle der Falungong-Bewegung scheint ein härteres Durchgreifen gegen Falungong-Anhänger auf lokaler Ebene zu sein. Während es bis Ende vergangenen Jahres außerhalb der Metropolen offenbar noch möglich gewesen ist, abseits des staatlichen Zugriffs der Falungong-Kultivierungspraxis zumindest im Privaten nachzugehen, sollen lokale Regierungen und Parteikomitees nun von der Zentralregierung verstärkt unter Druck gesetzt worden sein, keine „Laxheit“ mehr zu dulden. Örtliche Führungskader sollen persönlich zur Verantwortung gezogen werden, falls es Falungong-Anhängern aus ihrem Verwaltungsbezirk weiterhin gelingt, ihren Weg in die Hauptstadt zu finden, um sich dort an Protesten zu beteiligen. Die versuchten Selbstverbrennungen vom 23. Januar, die von Bewohnern der nordwestchinesischen Stadt Kaifeng begangen worden sein sollen, dienen hier als abschreckendes Beispiel, vor dessen Wiederholung dringend gewarnt wird.

Zum lokalen Umgang mit Falungong-Anhängern sollen intern die folgenden Regeln verbindlich gemacht worden sein: Personen, die Falungong trotz des ausgesprochenen Verbots weiterhin aktiv praktizieren, werden je nach dem Grad ihres Einflusses auf andere Personen und der Härte ihres Widerstandes mit Gefängnisstrafen oder Umerziehungsstrafen in Arbeitslagern belegt. Personen, die nicht mehr aktiv praktizieren, sich aber weigern, Li Hongzhi, dem Gründer und „Meister“ der Bewegung, und der Falungong-Lehre, formal abzuschwören, werden an ihrem Arbeitsplatz bzw. in ihrer Familie unter Überwachung gestellt.

Nach internen Zahlen sollen landesweit etwa 10.000 Falungong-Anhänger in Gefängnissen oder Arbeitslagern einsitzen, während rund weitere 5.000 Personen unter Überwachung stehen sollen. In diese Zahlen nicht einbezogen sind mehrere zehntausend Personen, die kurzfristig in Polizeigewahrsam festgehalten worden sind.

Nach Angaben im Ausland weilender Falungong-Sprecher und internationaler Menschenrechtsorganisationen sollen bislang landesweit über 50.000 Falungong-Anhänger festgenommen worden und annähernd 200 in Polizeigewahrsam zu Tode gekommen sein.

Um die international verbreiteten Meldungen über Misshandlungen von Falungong-Anhängern in Arbeitslagern zu widerlegen, haben die staatlichen Sicherheitsbehörden in der zweiten Maihälfte einem Team ausländischer Medienvertreter Zugang zu einem solchen Lager gewährt. Es handelte sich um das Masanjia-Arbeitslager in der Nähe der nordostchinesischen Stadt Shenyang, das wiederholt als Schauplatz von Misshandlungen insbesondere von weiblichen Insassen benannt worden war. Von dem Besuch, während dessen Insassen in persönlichen Gesprächen mit den Journalisten abstritten, jemals Opfer von Misshandlungen gewesen zu sein, wurde auch in inländischen Medien berichtet. Nach offiziellen Angaben soll es landesweit rund 300 Arbeitslager geben, in denen im vergangenen Jahr insgesamt etwa 300.000 Personen zur Umerziehung einsaßen.

So wenig der offiziell erlaubte Besuch glaubwürdige Evidenz für die

tatsächlichen Umstände in Arbeitslagern liefert, kann die Tatsache, dass überhaupt eine breitere in- und ausländische Öffentlichkeit über diese Form der Administrativhaft hergestellt wird, als ein positiver Schritt gewertet werden.

In den offiziellen Medien haben zuletzt Meldungen über Einzelpersonen überwogen, die durch Umerziehung in Arbeitslagern erfolgreich von ihrem „Irrglauben“ abgekommen seien. Das übliche Schema der geschilderten Einzelfälle beschränkt sich auf das Bedauern der betroffenen Person über ihre frühere „Irrführung“ durch die Lehre Li Hongzhis, die in einer persönlichen Notsituation (Krankheit, psychische oder soziale Probleme) eingetreten sei, und den „aufrichtigen Dank an die Regierung“, die ihr durch die Vermittlung einer „wissenschaftlichen“ bzw. „materialistischen“ Weltanschauung dazu verholfen habe, die eigenen Fehler zu erkennen und von dem „Irrglauben“ abzukommen. Eine Bewältigung der angeblich zugrunde liegenden persönlichen bzw. sozialen Probleme spielt dabei keine Rolle. Vielmehr werde die „Verführbarkeit“ der Falungong-Anhänger im Wesentlichen auf einen ideologischen Defekt zurückgeführt, der sich durch eine „materialistische“ Erziehung und durch das Wiedererlangen der korrekten Weltanschauung beheben lässt.

Unterdessen wurde der in den USA lebende Li Hongzhi von der Zeitschrift *Asiaweek*, die regelmäßig eine kontroverse Liste der fünfzig mächtigsten Personen in Asien („Power 50 List“) veröffentlicht, auf Rang eins dieser Liste gesetzt. Als Kriterium galt dabei die „Macht zu kommunizieren“ („power to communicate“). In der Begründung der Zeitschrift war zu lesen: „While we may not agree with his message or his methods, it is for his power to inspire, to mobilise people and to spook Beijing that we select Li as Asia's most influential communicator. Li has tapped into a spiritual void in a China that is plunging into capitalism.“ (AWSJ, 25., 26.4., 10., 23.5.01; SCMP, 30.4., 14., 25.5.01; IHT, 26.4., 10., 31.5.01; RTHK, Kyodo News Service, Tokyo, 25.4.01, nach BBC PF, 26.4.01; Radio 3, 25.4.01, nach BBC PF, 26.4.01; Hong Kong AFP, 13.5.01, nach FBIS, 13.5.01; Xinhua, 23.5.01, nach FBIS,

23.5.01; Xinhua, 25.4., 20.5.01, nach BBC PF 25.4., 20.5.01; XNA, 7., 21., 23, 24., 28.5.01) -hol-

14 Landesweite Kampagne zur Bekämpfung schwerer Kriminalität

Unter dem Motto „harter Schlag“ wird seit April landesweit eine Kampagne zur Bekämpfung schwerer Verbrechen durchgeführt. Während auf der Ebene einzelner Provinzen Aktionsprogramme zur Kriminalitätsbekämpfung relativ häufig sind, wurde eine entsprechende Kampagne im nationalen Maßstab zuletzt 1996 durchgeführt.

Ein Rundschreiben des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit von Ende April legte die grundsätzlichen Ziele und Maßnahme der Kampagne fest. Danach sollen im Mittelpunkt der Anstrengungen die Aufdeckung von Verbrechensyndikaten, Triaden und anderen mafiaähnlichen Organisationen stehen, die sich jüngst in vielen chinesischen Großstädten ausgebreitet hätten (vgl. C.a., 2001/11, Ü 21). Zu den verbreiteten Verbrechen dieser kriminellen Vereinigungen zählten Mord, Raub, Kidnapping, Erpressung, Vergewaltigung, Schmuggel, Drogenhandel, der illegale Betrieb von Kasinos, Bordellen etc. und das Erpressen von Schutzgeldern.

Mitglieder krimineller Organisationen sind aufgefordert, sich bis zum 30. September dieses Jahres freiwillig den Sicherheitskräften zu stellen. Im Fall einer vollständigen Selbstanzeige wird ihnen Strafminderung in Aussicht gestellt; wer sich nicht stelle, habe mit einer harten Bestrafung zu rechnen. Ferner werden Familienangehörige von Straftätern aufgerufen, diese zur Selbstanzeige zu „überreden“. Vor allem aber wird Insassen in Gefängnissen und Arbeitslagern Straferlass oder -minderung zugesprochen, wenn sie durch Aussagen über ihnen bekannte kriminelle Organisationen zur erfolgreichen Verbrechensaufklärung beitragen.

An der Durchführung der Kampagne sind die Justizorgane, insbesondere die Kräfte der bewaffneten Volkspolizei, beteiligt. Außerdem im Einsatz sind Freiwilligenverbände, die von städtischen Straßenkomitees und anderen kommunalen Selbstverwal-

tungsorganen angeleitet werden. Alle Einwohner sind angehalten, durch Anzeigen bei den allorts eingerichteten Kampagnenbüros bei der Aufklärung schwerer Verbrechen mitzuwirken.

Wie zahlreiche Berichte aus verschiedenen Provinzen deutlich machen, richtet sich die Kampagne je nach regionaler Situation auch gegen andere Verbrechenformen. Während in den Küstenprovinzen in Südostchina die Korruptionsbekämpfung im Vordergrund steht, konzentriert man sich im Südwesten Chinas auf den Drogenhandel. Im Nordwesten, insbesondere in der Autonomen Region Xinjiang, soll das gegenwärtige Aktionsprogramm in eine zweijährige Kampagne gegen muslimische Separatisten und „illegale religiöse Aktivitäten“ münden. Auch wird landesweit der illegale Besitz von Waffen und Sprengmaterial geahndet.

Wie ausländische Zeitungen berichten, gehen die Justizorgane im Rahmen der Kampagne aber auch gegen andere Gruppen vor. Opfer waren seit April angeblich auch politische Dissidenten, Betreiber nicht ordnungsgemäß registrierter Internet-Cafes, Mitglieder von Hauskirchen, sowie Bauern, die die Bezahlung exzessiver Steuerabgaben verweigern. (Xinhua, 26., 27.4., 5., 15., 16., 22., 23.5.01, nach BBC PF 26., 27.4., 5., 15., 16., 22., 23.5.01; RMRB, 8., 11.5.01; SCMP, 28.4.01; IHT, 12.5.01) -hol-

15 Neue Verordnung des Staatsrats zur Verhütung schwerer Unfälle

Unter dem Eindruck einer Häufung von Bergwerksunfällen, Explosionen und anderen schweren Unfällen in den zurückliegenden Monaten hat der Staatsrat Ende April eine neue „Verordnung zur administrativen Verantwortlichkeit bei außerordentlich schweren Sicherheitszwischenfällen“ erlassen.

Die Verordnung hat zum Ziel, die Sicherheitsvorkehrungen landesweit zu verbessern, indem die lokalen Behörden stärker als bisher zur Verantwortung gezogen werden, bestehende Regelungen umzusetzen sowie spezifische Gefahrenpotenziale vor Ort zu erkennen und auszuräumen. Der Sicherheitsbegriff ist dabei weit ge-

fasst. Verhütet werden sollen schwere Brandkatastrophen, Verkehrsunfälle, durch nachlässige Baumaßnahmen verursachte Unfälle, Unfälle aufgrund unsachgemäßen Handhabens explosiver und anderer gefährlicher chemischer Stoffe, Bergwerksunfälle und andere Unfällen im industriellen Produktionsbereich.

Lokalregierungen auf Bezirks- und Kreisebene sind demnach angewiesen, Abteilungen einzurichten, die spezifische Zuständigkeiten im Bereich der Durchsetzung bestehender Sicherheitsregelungen in allen betroffenen öffentlichen Einrichtungen und Betrieben, Schulen, Vergnügungsstätten, Produktionsstätten und Bergwerken, Transportunternehmen etc. erhalten sollen. Auch sollen zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um bisher nicht erkannte Gefahrenpotenziale mithilfe von Hinweisen aus der Bevölkerung aufzuspüren und diese zu beseitigen. Bei Vernachlässigung der Pflichten werden dem zuständigen Verwaltungspersonal Disziplinarstrafen, bei eklatanter Pflichtverletzung auch strafrechtliche Verfolgung angedroht. Im Fall außerordentlich schwerer Unfälle sollen Provinzgouverneure bzw. Bürgermeister der betroffenen Provinz bzw. Stadt in Zukunft damit zu rechnen zu haben, persönlich zur Verantwortung gezogen zu werden.

Besonders schwerwiegende Sicherheitsmängel sind in Kohlebergwerken aufgetreten. Nach Angaben des Hongkonger Information Centre for Human Rights and Democracy in China sind im vergangenen Jahr mindestens 5.798 Arbeiter bei Minenunfällen ums Leben gekommen; Expertenschätzungen zu Folge soll die Zahl von Todesfällen in chinesischen Bergwerken jährlich bei rund 10.000 liegen. Eine offizielle Meldung der Staatlichen Aufsichtsbehörden für Produktionssicherheit und für Sicherheit in Kohlebergwerken zählte zuletzt für den Zeitraum zwischen dem 1. und dem 15. April dieses Jahres 62 außerordentlich schwere Unfälle in Kohlebergwerken, bei denen insgesamt 503 Menschen ums Leben gekommen seien. In Reaktion auf diese Entwicklung sind mehrere Inspektionsteams ausgeschiedt worden, die die Sicherheitsvorkehrungen insbesondere in kleinen, auf den untersten staatlichen Verwaltungsebenen

zumeist kollektiv oder privat betriebenen Kohlebergwerken überprüfen sollen. (Xinhua, 28.4., 22.5.01, nach BBC PF, 28.4., 22.5.01; NZZ, 17.5.01) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

16 Graduate School der Akademie der Wissenschaften

Die größte Ausbildungsstätte für Postgraduierte in China, die Graduate School der Chinesischen Universität für Wissenschaft und Technik, die ihren Sitz in Beijing hat (die Universität selbst hat ihren Sitz in Hefei/Anhui), ist kürzlich umorganisiert und der Chinesischen Akademie der Wissenschaften unterstellt worden. Sie heißt fortan „Graduate School der Chinesischen Akademie der Wissenschaften“ (*Zhongguo Kerueyuan Yanjiusheng Yuan*). Die Postgraduiertenschule hat die Aufgabe, hochqualifizierte Nachwuchswissenschaftler auszubilden, die international konkurrenzfähig sind. Die Studiengänge schließen entweder mit dem Magister oder der Promotion ab. Die Schule soll die begabtesten Postgraduierten des Landes anziehen. Die bisherige Graduate School der Universität für Wissenschaft und Technik wurde 1978 gegründet und war die erste Einrichtung dieser Art in China. Gegenwärtig studieren an ihr 13.000 Postgraduierte, darunter 6.000 Doktoranden. Bis zum Jahr 2005 soll ihre Zahl 20.000 erreichen. Für die Ausbildung und Betreuung der Forschungsstudenten stehen künftig über 300 Akademiemitglieder der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Ingenieurwissenschaften zur Verfügung, ferner 4.500 Wissenschaftliche Mitarbeiter und Professoren der Akademie sowie gut 2.000 Doktorandenbetreuer. Der Vorteil der neuen Schule ist, dass alle rund 100 Institute der Akademie der Wissenschaften, die nach wie vor die wichtigste Forschungseinrichtung Chinas ist, die Ausbildung des Wissenschaftlernachwuchses unterstützen werden. Damit ist höchste Qualität garantiert. An dieser Graduate School